

Zürich

Lieber Agglo statt Altbau?

Wachstumsstörung Die Stadt Zürich stagniert einwohnermässig – ganz im Gegensatz zu den Nachbargemeinden. Gebaut wird weiterhin. Einfacher eine Wohnung zu ergattern, ist es bisher aber nicht.

Beat Metzler

Vielleicht erlebt die Stadt Zürich gerade einen einschneidenden Umbruch. Wie 1962, als nach ewigem Boom das Schrumpfen einsetzte, das über 30 Jahre anhalten sollte. Vielleicht werden sich die aktuellen Zahlen auch als unbedeutende Pandemie-Delle herausstellen.

Klar ist: Seit eineinhalb Jahren klemmt die sonst so zuverlässige Wachstumsmaschine. Die Stadtbevölkerung ist seit Corona fast gleich gross geblieben. Ende Mai zählte Zürich 434'592 Bewohnerinnen und Bewohner. Das sind nur gut 500 mehr als Ende 2019. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist die Bevölkerung sogar um 144 Personen zurückgegangen.

Das bedeutet einen Bruch mit einem langjährigen Trend. Die Zürcher Bevölkerung wächst seit Mitte der 90er-Jahre, in den letzten fünf Jahren vor Corona tat sie das beinahe in 6000er-Schritten. Für 2020 waren sogar 8000 mehr Menschen angesagt. Wäre es im bisherigen Tempo weitergegangen, hätte Zürich Anfang dieses Jahres die 440'000-Einwohnerinnen-Marke durchbrochen. Damit wäre die Stadt grösser gewesen als im bisherigen Rekordjahr 1962.

Mehr Städter ziehen weg

Ein ähnlicher Kurvenknick zeigt sich auch in anderen Städten wie Bern, Genf oder Lausanne. Sie haben seit Corona Bevölkerung eingebüsst. Laut einer Auswertung des Schweizer Städteverbands lag dies vor allem daran, dass mehr Städterinnen und Städter wegziehen als früher. In Zürich verhält es sich ebenso. Hier verliessen letztes Jahr 928 Menschen mehr die Stadt, als hinzukamen. Ausgeglichen haben dieses Minus allein die vielen Geburten.

Im Vergleich zum Umfeld steht die Stadt Zürich ziemlich allein da mit ihrer Vollbremsung. Die Bevölkerungszahl des Kantons ist 2020 um fast 15'000 Menschen (rund 1 Prozent) angestiegen, was nur leicht unter dem Schnitt der letzten fünf Jahre liegt. Stark zugelegt haben Agglomerationsgemeinden wie Schlieren (plus 6 Prozent), Wallisellen (plus 2,4 Prozent), Bir-



In den Agglomerationsgemeinden wächst die Bevölkerungszahl (im Bild die Überbauung Riedgarten in Dübendorf), in Zürich hingegen stagniert sie. Foto: Thomas Bachler

mensdorf (plus 2,2 Prozent) oder Dübendorf (plus 2,1 Prozent). Deren Wachstum war teilweise stärker als in den Jahren zuvor.

Bahnt sich also die zweite Welle der Stadtflucht an? Heisst es wieder: lieber Agglo statt Altbau? Dies würde eine These bekräftigen, die schon früh in der Pandemie aufgekommen ist: Weil die Menschen häufiger zu Hause arbeiten, brauchen sie dort mehr Platz. Gleichzeitig verliert eine zentrale Lage an Bedeutung.

Attraktiveres Wohneigentum

«Eine Folge des Lockdowns ist der gestiegene Wert des Wohnumfelds und der eigenen Wohnung», sagt Anna Schindler, Direktorin der Zürcher Stadtentwicklung. Wohneigentum sei dadurch attraktiver geworden. Und dieses lasse sich in der Agglomeration leichter finden als in der Stadt.

In den Gemeinden rund um Zürich will man aber nicht von

einem Corona-Effekt sprechen. «Schlieren ist schon länger beliebt unter Investoren und Zuzüglern. 6 Prozent mehr Einwohner in einem Jahr sind sogar eher wenig für uns», sagt Standortförderer Albert Schweizer. Die Überbauungen, die das Wachstum ermöglichten, habe man vor Jahren geplant. «Im Vergleich zur Stadt Zürich bekommt man hier gleichwertige Wohnungen

Zahl der Arbeitsstellen in Zürich ist gesunken

Auch bei den Jobs verzeichnet die Stadt einen Rückgang. 489'600 Personen gingen Ende 2020 in Zürich einer Arbeit nach. In den ersten drei Monaten dieses Jahres hat sich diese Zahl um 6000 reduziert. Das entspricht einem Minus von 1,2 Prozent. Auf Vollzeitstellen ausgerechnet fällt die Abnahme mit 0,5 Prozent geringer aus (von 375'700 auf 373'900 Personen). Gemäss

immer noch deutlich günstiger.» Erstaunlicherweise hat die Wachstumsstörung bisher zu keiner deutlichen Entspannung auf dem Stadtzürcher Wohnungsmarkt geführt. Zwar hat sich die Bautätigkeit – wahrscheinlich unabhängig von Corona – verlangsamt. Dennoch sind in den letzten eineinhalb Jahren rund 2800 neue Wohnungen entstanden. Trotz diesem

Auskunft von Statistik Stadt Zürich bewegt sich dieser Rückgang im saisonalen Rahmen. Die aktuelle Datenlage erlaube noch keine Rückschlüsse darauf, wie sich die Corona-Pandemie langfristig auf die Beschäftigungssituation in der Stadt auswirke. Bei den Arbeitsplätzen hat Zürich eine lange Wachstumsphase hinter sich. In den letzten zehn Jahren fanden jedes Jahr Tau-

zusätzlichen Wohnraum ist die Leerstandsrate tief geblieben.

Eine Erklärung dafür liegt darin, dass die Zürcherinnen wieder mehr Wohnraum beanspruchen. Die Wohnfläche, die ein Zürcher in einem Neubau braucht, war seit 2015 stark gesunken. Das liegt laut Statistik Stadt Zürich vor allem an den hohen Preisen. Sie zwingen zum Zusammenrücken.

sende von Menschen neu eine Anstellung in der Stadt. 2018 und 2019 waren es jeweils über 2 Prozent zusätzlich. Die Entwicklung der Arbeitsstellen und der Wohnungen hängt gemäss Statistik Stadt Zürich «eher lose» zusammen. So beseitigte die Finanzkrise von 2009 und 2010 zahlreiche Arbeitsplätze. Das Wachstum der Stadt vermochte sie aber nicht zu bremsen. (bat)

In den letzten eineinhalb Jahren hat die Pro-Kopf-Wohnfläche in Neubauten hingegen wieder zugenommen, von 39,6 Quadratmetern im Januar 2020 auf 41,2 im März 2021. Corona scheint den Städtern mehr Platz gebracht zu haben.

Neue Wohnungen in Planung

Markiert nun das Jahr 2020 einen Wendepunkt? Nein, sagt Anna Schindler von der Stadtentwicklung Zürich. «Wir rechnen weiterhin damit, dass die Bevölkerung bis 2040 auf über eine halbe Million Einwohnerinnen Einwohner zunimmt.» Diese Prognose beruhe auf Bevölkerungsdaten und den geplanten neuen Wohnungen. «Sie werden durch die Pandemie nicht ins Gegenteil verkehrt.» Zudem bleibe die Stadt Zürich ein attraktiver Lebensort.

In diesem Fall wäre der jetzige Wachstumsstopp rückblickend nicht mehr als eine kuriose Episode.

In Zürich gibt es keine zusätzlichen Studienplätze in Medizin

Hausarztmangel Zu teuer, zu kompliziert: Der Regierungsrat will die Kapazität im Medizinstudium nicht weiter erhöhen. Man habe schon genug getan, findet er.

Hausärzte in einer Einzelpraxis finden heute kaum mehr Nachfolgende. Häufig verkaufen sie ihre Praxen deshalb an Firmen, welche die Ärztinnen und Ärzte dann direkt aus dem Ausland holen. Solche Praxisketten breiten sich rasant aus.

Nachdem diese Zeitung in einer Artikelserie die Entwicklung beleuchtet hatte, griffen mehrere Kantonsrätinnen und Kantonsräte das Thema auf. Sie haben Fragen und Forderungen an den Regierungsrat gestellt. Die stärkste: Janine Vannaz (Die Mitte) und Mitunterzeichnende von FDP, GLP, SVP und SP verlangen

mit einer Motion zusätzliche Studienplätze in Humanmedizin, und zwar «mindestens im Umfang der letzten Anpassung».

Das wären 72 Plätze mehr. Um so viel würde die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in Zürich vor vier Jahren erhöht. Sie beträgt jetzt 372. Die Aufstockung wurde vom Bund angestossen. Er stellte 100 Millionen Franken zur Verfügung, um die Abschlüsse in Humanmedizin an allen medizinischen Fakultäten der Schweiz von 850 (im Jahr 2014) auf 1300 zu steigern.

Kantonsrätin Vannaz reicht das nicht. Sie kritisiert, dass es

rund fünfmal mehr Bewerbungen für das Studium als Plätze gebe. Gleichzeitig bestehe ein Mangel an Ärztinnen und Ärzten, «der sich besonders in der Hausarztmedizin gravierend auswirkt».

Neue Gebäude nötig

Der Regierungsrat lehnt eine weitere Aufstockung ab. In seiner Stellungnahme zur Motion argumentiert er vor allem finanzpolitisch. 72 zusätzliche Plätze würden brutto 16 Millionen Franken jährlich kosten, rechnet er vor. Davon entfielen etwas über 13 Millionen Franken

aufs Personal und gut 2 Millionen auf die Infrastruktur wie Labore und Unterrichtsräume. Netto blieben dem Kanton so Kosten von 9,5 Millionen Franken, da andere Kantone, der Bund und auch die Studierenden Beiträge leisten.

Auch wenn Zürich dies zahlen könnte, ergäben sich weitere Probleme, führt der Regierungsrat aus: «Mit der letzten Erhöhung wurden die vorhandenen Raumkapazitäten der Medizinischen Fakultät vollständig ausgeschöpft.» Um die Ausbildungsqualität mit Kleingruppenunterricht zu erhalten,

bräuchte es zusätzliche Praktikumsplätze. Es müsste also neu gebaut oder allenfalls umgebaut werden. Das wäre «mit einem erheblichen planerischen und finanziellen Aufwand verbunden».

«Im oberen Bereich»

Diesen Aufwand erachtet der Regierungsrat als unnötig. Denn die Schweiz schneide im Vergleich zu anderen Ländern gar nicht schlecht ab. So habe sich die Zahl der Abschlüsse in Humanmedizin zwischen 2016 und 2018 bereits von 10,8 auf 11,7 pro 100'000 Einwohner erhöht.

Und bis 2025 würden es dank der Förderung durch den Bund sogar 14,9 Abschlüsse sein, rechnet der Regierungsrat vor und schliesst: «Die Schweiz wird damit im Vergleich zu anderen OECD-Staaten im oberen Bereich liegen.»

Mit der Ablehnung der Motion durch den Regierungsrat ist das Thema allerdings nicht erledigt. Entscheiden wird der Kantonsrat. Überweist er die Motion, muss der Regierungsrat wider Willen eine Aufstockung der Studienplätze planen.

Susanne Andereg